



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.288.970

Wien, am 17. Mai 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. März 2022 unter der Nr. **10271/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Bemühen um Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarländern der Ukraine in andere EU-Staaten“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

- *Welche Bemühungen bzw. welche konkreten Maßnahmen haben Sie wann gesetzt, um ein gesamteuropäisches Vorgehen zur Verteilung der Schutzsuchenden innerhalb Europas zu realisieren?*
- *In den Verhandlungen auf EU-Ebene am 3.3.2022 zur Richtlinie 2001/55/EG einigte man sich darauf, Schutzsuchende nicht mit Quoten zu verteilen, sondern auf freiwillige Verteilung zu setzen. Welche Positionen – Quoten oder freiwillige Verteilung – haben Sie in Brüssel mit welcher Begründung vertreten?*
- *EU- Innenkommissarin Ylva Johansson gab am 10.3.2022 an, eine Quote für die Verteilung bestimmter Schutzsuchende aus der Ukraine auf die EU-Staaten für möglich zu halten, insbesondere bezog sie sich auf unbegleiteten Minderjährigen, Menschen mit Behinderungen oder Menschen, die „besondere Aufmerksamkeit oder Betreuung brauchen“ (<https://www.sn.at/politik/weltpolitik/eu-kommissarin-erwaegt-teil->*

verteilungsquote-fuer-fluechtlinge-118250371). Gab es diesbezüglich bereits Verhandlungen?

- a. Welche Positionen haben Sie bzw. wer aus Ihrem Ressort dazu wann und wem gegenüber vertreten?

Der Europäischen Kommission (EK) kommt das Vorschlagsrecht für einen Ratsbeschluss im Sinne von Artikel 5 der „Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten“ (RL Temporärer Schutz) zu.

Da die EK weder in diesem Zusammenhang einen verpflichtenden Verteilungsmechanismus mit einer Quote von Vertriebenen vorgeschlagen hat noch sonst ein entsprechender Legislativvorschlag vorliegt, waren derartige Überlegungen nicht Gegenstand der Verhandlungen im Rat.

Im Sinne des Artikel 3 des seitens des Rates am 4. März 2022 gefassten Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/382 zur Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms von Vertriebenen aus der Ukraine im Sinne des Artikel 5 der RL Temporärer Schutz und zur Einführung eines vorübergehenden Schutzes wurde jedoch von der EK eine Solidaritätsplattform initiiert, um besonders betroffene Mitgliedstaaten zu entlasten und im Bedarfsfall freiwillige Transfers von Vertriebenen in verschiedene Mitgliedstaaten im Sinne einer besseren Lastenteilung zu organisieren. Österreich unterstützt diese Bemühungen, beteiligt sich aktiv an diesem Prozess und sprach sich in allen EU-Gremien für Solidarität und Unterstützung der Ukraine sowie der EU-Partner aus um Vertriebenen aus der Ukraine und den unmittelbar betroffenen Nachbarn schnell und unbürokratisch Unterstützung bieten zu können.

Zu den Fragen 4 bis 6:

- Welche Positionen vertraten Sie hinsichtlich der Evakuierung von Schutzsuchenden aus der Ukraine aus den Nachbarstaaten der Ukraine wann in welchen formellen und informellen Gremien auf EU- und internationaler Ebene
 - a. über Relocation in andere EU-Mitgliedstaaten, die noch Ressourcen haben und daher adäquate Unterbringung bieten können?
 - b. über Resettlement in Staaten außerhalb der EU?
- Wann war die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine in Diskussion

- a. *auf nationaler Ebene?*
 - i. *in welchen Gremien?*
 - ii. *in welchen nicht formalisierten Runden mit welchen Teilnehmer_innen außerhalb Ihres Ressorts?*
 - iii. *in Ihrem Ressort?*
- a. *Welche Positionen haben Sie bzw. wer aus Ihrem Ressort dort jeweils vertreten?*
- *Wann war die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine in Diskussion*
 - a. *auf europäischer Ebene*
 - i. *in welchen Gremien?*
 - ii. *in welchen nicht formalisierten Runden mit welchen Teilnehmer_innen?*
 - iii. *Welche Position haben Sie bzw. wer aus Ihrem Ressort dort jeweils vertreten?*
 - b. *Welche Position haben Sie bzw. wer aus Ihrem Ressort dort jeweils vertreten?*

Es ist begrüßenswert, dass es uns auf EU-Ebene in kürzester Zeit gelungen ist, auf freiwilliger Basis gelebte EU-Solidarität sicherzustellen, unbürokratisch Hilfe für die Nachbarstaaten der Ukraine zu leisten sowie mit der erstmaligen Aktivierung der Richtlinie 2001/55/EG eine gemeinsame Basis für den Schutz von Vertriebenen in der gesamten EU sicherzustellen.

Österreich bekennt sich zur Unterstützung der Ukraine und der unmittelbar betroffenen Nachbarstaaten sowie auch besonders belasteter EU-Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen, wobei der Schutz der vertriebenen Menschen und insbesondere der vulnerablen Gruppen im Vordergrund steht.

In dieser Sondersituation muss auch die Solidarität in der EU entsprechend organisiert werden. Österreich befürwortet daher die koordinierende Rolle der Europäischen Kommission für Maßnahmen zur Entlastung betroffener Mitgliedstaaten.

Österreich ist Pionier bei Solidaritätsleistungen zugunsten besonders betroffener Staaten wie der Republik Moldau und hat sich bereit erklärt 2.000 Vertriebenen aus Moldau aufzunehmen. Mit Stand 4. April 2022 wurden vier Charterflüge am 19., 21. und 23. März sowie am 2. April 2022 durchgeführt und bislang insgesamt 352 Vertriebene nach Österreich gebracht. Die Organisation erfolgt gemeinsam mit UNHCR, IOM und der Europäischen Kommission, die den mit Österreich gemeinsam entwickelten Prozess in Folge auch mit anderen Ländern umsetzen. Österreich ist selbstverständlich weiterhin bereit Vertriebene aus Moldau zu übernehmen. Zudem hat Österreich Polen in

einem ersten Schritt den Transfer von 500 Vertriebenen von Polen nach Österreich zugesagt und ist bezüglich der Umsetzung in Abklärung mit den polnischen Behörden.

Zur Frage 7:

- *Die Regierungschef_innen und Vertreter_innen welcher Länder trafen Sie seit dem 23.2.2022?*
 - a. *Machten Sie die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine selbst zum Thema?*
 - b. *War die Evakuierung von Schutzsuchenden aus Nachbarstaaten der Ukraine vonseiten Ihres Gesprächspartners Thema?*
 - c. *Welche Position vertraten Sie?*
 - d. *Welches Verhalten versuchten Sie von Ihrem Gegenüber zu erwirken?*
 - e. *Machten Sie die Sanktionen gegen Russland selbst zum Thema?*
 - f. *Waren die Sanktionen gegen Russland vonseiten Ihres Gesprächspartners Thema?*
 - g. *Welche Position vertraten Sie?*
 - h. *Welches Verhalten versuchten Sie von Ihrem Gegenüber zu erwirken?*

Ich stehe mit Vertreterinnen und Vertretern europäischer und anderer Staaten in regelmäßigem Austausch. Als Beispiele hierfür dienen die Treffen und Gespräche mit Amtskolleginnen und Amtskollegen der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen von bilateralen Terminen und bei Räten für Justiz und Inneres, mein Arbeitsgespräch mit der US-Botschafterin Victoria Reggie Kennedy am 2. März 2022 sowie mein Gespräch mit dem ukrainischen Innenminister Denys Monastyrsky im Rahmen einer Videokonferenz am 5. April 2022. Die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine, die Evakuierung von Vertriebenen aus den Nachbarstaaten sowie die Sanktionen gegen Russland waren dabei selbstverständlich ein wichtiges Thema. Österreich verurteilt Russlands Angriffskrieg, der einen massiven Bruch des Völkerrechts darstellt und die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine verletzt. Daher haben wir gemeinsam mit unseren EU-Partnern harte wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt. Als Antwort auf die derzeitige humanitäre Lage in der Ukraine und ihren Nachbarstaaten haben wir neben vielen anderen Handlungen beschlossen, Vertriebene aus den betroffenen Nachbarstaaten nach Österreich zu evakuieren.

Gerhard Karner

